DAS MAGAZIN DER ENTWICKLUNGSORGANISATION OXFAM

EINS

Herbst 2019

WAS WÄRE, WENN...

...ALLE MÄDCHEN ZUR SCHULE GINGEN?
Bildung verändert Leben.

...WIRTSCHAFT FÜR ALLE DA WÄRE?
Ein Donut zeigt, wie´s geht.

...DEUTSCHLAND KLIMA-SCHUTZ ERNST NÄHME?
Vier Ansichten zur Klimakrise.

OXFAM
Deutschland

Brennende Fabriken, Kinderarbeit, zerstörte Regenwälder und viele andere Fälle zeigen: Ohne ein Lieferkettengesetz nehmen deutsche Unternehmen Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung im Ausland weiter in Kauf.
Jetzt Petition unterschreiben: lieferkettengesetz.de

§ INITIATIVE LIEFERKETTEN GESETZ.DE

agl arbeitsgemeinschaft der eine welt-landesnetzwerke in deutschland e.v.
Brot für die Welt
BUND FRIENDS OF THE EARTH GERMANY
CIR CHRISTLICHE INITIATIVE ROMERO
CorA Corporate Accountability Netzwerk für Unternehmensverantwortung
DGB
FORUM FAIRER HANDEL
GERMANWATCH
GREENPEACE
INKOTA
MISEREOR IHR HILFSWERK
OXFAM Deutschland
SÜDWIND INSTITUT FÜR ÖKONOMIE UND ÖKUMENE
ver.di
weed
WELTLADEN DACHVERBAND
WEX WERKSTATT ÖKONOMIE

Und zahlreiche weitere Organisationen.

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

ich möchte Sie zu einem Gedankenspiel einladen. Stellen Sie sich einmal vor: Was wäre, wenn es in der weltweiten Wirtschaft nicht um Gewinnmaximierung, sondern um Gemeinwohl ginge? Wenn Klimaschutz nicht nur ein Thema für Gipfeltreffen, sondern gelebte Realität wäre? Wenn Konzerne und Milliardär*innen Gewinne und Vermögen fair besteuern müssten? Viele Probleme und Herausforderungen weltweit laden zu diesem Gedankenspiel ein. Was wäre, wenn…

Wenn zum Beispiel die drei Mädchen aus der pakistanischen Stadt Multan auf unserem Titelbild keine Ausnahme wären? Die drei können dank Oxfams Arbeit vor Ort die Schule besuchen und wollen die Zukunft ihres Landes mitgestalten.

Mehr als der Hälfte der Mädchen und Frauen in Pakistan ist eine solche Perspektive verwehrt; sie können weder lesen noch schreiben. Stattdessen übernehmen sie die unbezahlte Pflege- und Sorgearbeit und schuften für Hungerlöhne in den Textilfabriken des Landes.

Dieses Schicksal teilen sie mit Millionen Mädchen weltweit. Doch was wäre, wenn alle Mädchen – in Pakistan und anderswo – zur Schule gehen könnten?

Arbeitsbedingungen (S.6), Bildungschancen (S.8), Klimaschutz (S.10), Steuergerechtigkeit (S.12): Dieses Heft setzt bei ganz unterschiedlichen Herausforderungen unserer Zeit an. Es zeigt Handlungsbedarf – aber auch Perspektiven und Hoffnungen.

Ob mit Nothilfe und Projektarbeit oder politischen Kampagnen, mit Ihrer Unterstützung arbeitet Oxfam weltweit daran, dass es nicht bei Gedankenspielen bleibt, dass aus dem Konjunktiv der Indikativ wird, aus „Was wäre, wenn…" die Wirklichkeit. Für Ihre Unterstützung danke ich Ihnen herzlich!

Ihre

Marion Lieser
Geschäftsführende Vorstandsvorsitzende,
Oxfam Deutschland e.V.

Seite 10

Dürre in Somalia: Die Auswirkungen der Klimakrise rauben vielen Menschen die Lebensgrundlage. Doch was wäre, wenn Deutschland – und andere Industrienationen – Klimaschutz ernst nähmen? Expert*innen und Aktivist*innen aus vier Ländern antworten.

INHALT

WAS WÄRE, WENN…

04 **…WIRTSCHAFT FÜR ALLE DA WÄRE?**
Ein Donut als Kompass für eine gerechte Ordnung

06 **…MENSCHENRECHTE WICHTIGER WÄREN ALS PROFITE?**
Ein Gesetz gegen Gewinne ohne Gewissen

08 **…ALLE MÄDCHEN DER WELT ZUR SCHULE GEHEN KÖNNTEN?**
Wie Mädchen die Welt verändern würden

10 **…DEUTSCHLAND DEN KLIMASCHUTZ ERNST NÄHME?**
Vier Ansichten zur Klimakrise

12 **…KONZERNE UND REICHE FAIR STEUERN ZAHLTEN?**
Interview: „Steuervermeidung ist leider legal"

14 **…EIN KLEID SEINE GESCHICHTE ERZÄHLEN KÖNNTE?**
Oxfam Shops: Zweites Leben für das Lieblingsstück

15 **…ICH DREI WÜNSCHE FREI HÄTTE?**
Drei Antworten aus Indien, Deutschland, Südafrika

16 **LETZTE SEITE**
Über Oxfam / Impressum

Titelbild: © Insiya Syed | Oxfam. Diese Seite: © iKlick Fotostudio, © Pablo Tosco | Oxfam

Auf der Insel Rogniev im Nordosten Kambodschas betreiben Dorfbewohner*innen, demokratisch organisiert, nachhaltigen Fischfang. Die 26-jährige Tep Srey Neang engagiert sich als Leiterin der Jugendgruppe der Insel für nachhaltiges und gerechtes Wirtschaften.

© Savann Oeurm | Oxfam

DONUT ALS KOMPASS

Unsere Wirtschaftsweise ist vielerorts ein Raubbau an Mensch und Natur. Höchste Zeit, über Alternativen nachzudenken: über Gemeinwohl, Teilhabe und Beispiele, die Schule machen könnten.

Steffen Küßner

Unsere Wirtschaft ist aus den Fugen: Wachsende soziale Ungleichheit spaltet Gesellschaften – nicht nur wirtschaftlich, auch sozial und politisch. Globale Konzerne nutzen ihre Macht, um Steuern zu umgehen und Preise zu diktieren, von denen Produzent*innen nicht leben können. Und die Klimakrise sorgt für Dürren, Stürme und Überflutungen, die vor allem im Globalen Süden Millionen Menschen ihre Existenzgrundlagen rauben.

Vielen ist bewusst, dass es ein „Weiter so" nicht geben kann, wenn wir die Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen tatsächlich erreichen wollen, wie es sich die Weltgemeinschaft bis 2030 vorgenommen hat. Dazu zählen die Überwindung der Armut und des Hungers, menschenwürdige Arbeitsbedingungen für alle und der Schutz natürlicher Ressourcen und ihre nachhaltige Nutzung.

WIRTSCHAFT ANDERS DENKEN

Die britische Ökonomin und ehemalige Oxfam-Mitarbeiterin Kate Raworth plädiert vor diesem Hintergrund dafür, Wirtschaft radikal anders zu denken. Dabei sollten die langfristigen Ziele der Menschheit im Zentrum stehen. Ein solches Denken würde wegführen von der Dominanz der klassischen Kennzahl für wirtschaftliche Entwicklung, dem Bruttoinlandsprodukt (BIP). Gegen die Wachstumskurve als Idealbild einer funktionierenden Wirtschaft stellt sie ein Schaubild, das an einen Donut erinnert: ein Ring, dessen äußerer Rand die planetaren Grenzen markiert, über die wir nicht hinauswirtschaften dürfen. Nach innen ist der Ring begrenzt durch menschenrechtlich begründete Mindestanforderungen sozialer, politischer und kultureller Teilhabe, die wir nicht unterschreiten dürfen. Dazwischen befindet sich „jener angenehme, ideale Bereich, der den Menschen einen sicheren und gerechten Raum bietet." Der Donut, so Raworth, ist so etwas wie unser Kompass für das 21. Jahrhundert.

DEMOKRATISCHE UNTERNEHMEN MIT GEMEINWOHLBILANZ

„Wirtschaftlicher Erfolg sollte in Zukunft nicht nur am Wachstum gemessen werden, sondern auch daran, ob die Menschen zufriedener werden, positiv in die Zukunft schauen, mehr Zeit für Familie und Freunde haben oder sich in der Gesellschaft wertgeschätzt fühlen", fordert Ellen Ehmke, die sich bei Oxfam Deutschland gemeinsam mit Barbara Sennholz-Weinhardt damit befasst, welche Regeln und Strukturen ein nachhaltiges und gemeinwohlorientiertes Wirtschaftsmodell braucht. Denkbar wäre etwa eine Gemeinwohlbilanz von Unternehmen, die diese nach ihrem ökologischen, sozialen und demokratischen Verhalten bewertet und auf deren Grundlage der Staat Unternehmenssteuern festlegt.

„Dies würde Betriebe fördern, die sich nicht nur als wirtschaftliche, sondern auch als soziale Akteure begreifen", meint Barbara Sennholz-Weinhardt. Frauen, benachteiligte Gruppen (etwa Kleinbäuer*innen), Gewerkschaften sowie Menschenrechts- und Umweltorganisationen müssten in ihnen eine gewichtige Stimme haben. Dies trüge dazu bei, dass die Rechte aller Beteiligten respektiert werden und alle ihren fairen Anteil am erwirtschafteten Gewinn erhalten.

Dass solche Ansätze keine ferne Utopie sind, zeigen Beispiele aus Oxfams Programmarbeit: Im südlichen Indien gründeten 2006 mit Unterstützung von Oxfam vier landwirtschaftliche Gemeinden ein Unternehmen, das Modellcharakter hat. Die Change India Producer Company wirtschaftet nach Fairtrade-Prinzipien, vermarktet ihre Produkte wie Tee, Kaffee oder Honig direkt und garantiert den Produzent*innen einen Preis, der über dem gängigen Marktpreis liegt. Doch das Konzept geht über klassisches Fairtrade hinaus: Produzent*innen, Konsument*innen und Kapitalbesitzer*innen sind gleichberechtigte Anteilseigner*innen, die entsprechend ihres Beitrages an den Gewinnen beteiligt werden.

DIREKTVERMARKTUNG UND TEILHABE

Im Nordosten Kambodschas unterstützt Oxfams Partnerorganisation Northeast Rural Development (NRD) lokale Gemeinden dabei, ihre Fischereigründe am Mekong zu schützen. Zu diesem Zweck haben sich in sieben Dörfern gemeinschaftlich betriebene Fischereien gegründet und für ihren Teil des Flusses Regeln für den Fischfang aufgestellt, zum Schutz der Laichgebiete, zur Begrenzung der Netzgrößen oder zum Verbot von schädigenden Fangmethoden. Verwaltet werden die Betriebe von einheimischen demokratisch organisierten Komitees.

„Bislang handelt es sich um wirtschaftliche Nischen", räumt Ellen Ehmke ein. „Ob sie gesellschaftlich dominant werden können, ist jedoch weniger eine ökonomische als vielmehr eine politische Frage."

GEGEN GEWINNE OHNE GEWISSEN

Immer wieder verstoßen deutsche Unternehmen bei ihren weltweiten Geschäften gegen Menschenrechte und schädigen die Umwelt. Die „Initiative Lieferkettengesetz" fordert ein Gesetz, das sie dafür zur Verantwortung zieht.

Annika Zieske

Das Unglück dauerte nur eine halbe Stunde: Im September 2012 brannte die Textilfabrik Ali Enterprises in Karatschi, Pakistan, vollständig aus. Vergitterte Fenster, defekte Feuerlöscher und Notausgänge, die ins Nichts führten, machten die Fabrik zur tödlichen Falle für 258 Arbeiter*innen. Hauptkunde der Fabrik: die Textilkette KiK. Rund 75 Prozent der in der Fabrik hergestellten Kleider, Hosen und T-Shirts gingen im Jahr 2011 an das deutsche Unternehmen. Verantwortung für die Katastrophe übernahm KiK jedoch nicht. 2019 scheiterte eine Klage auf Schmerzensgeld, die vier Betroffene mit Unterstützung des European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) und medico international in Deutschland eingereicht hatten – weil der Vorfall nach pakistanischem Recht verjährt ist.

Die Katastrophe von Karatschi ist kein Einzelfall. Immer wieder machen Unglücke Schlagzeilen, bei denen Menschen zu Schaden kommen, die Produkte für deutsche Firmen herstellen. Und es geht nicht nur um die Textilproduktion. In den vergangenen Jahren hat Oxfam Menschenrechtsverletzungen und ausbeuterische Arbeitsbedingungen beim Anbau von Bananen, Ananas und Wein nachgewiesen, die in deutschen Supermärkten verkauft werden. Auf Kakao- und Palmölplantagen arbeiten nach wie vor Kinder unter schwersten Bedingungen und für die Gewinnung von Rohstoffen für Autos und Elektrogeräte werden Lebensgrundlagen zerstört.

„Deutsche Unternehmen profitieren enorm von den wirtschaftlichen Vorteilen eines globalen Marktes, von den günstigen Produktionsbedingungen, die auch dadurch zustande kommen, dass auf Arbeitsschutzmaßnahmen, wie angemessenen Brandschutz oder Umweltstandards, verzichtet wird", sagt Franziska Humbert, Expertin für soziale Unternehmensverantwortung und Arbeitsrechte bei Oxfam Deutschland. „Deutsche Unternehmen müssen keine Konsequenzen fürchten, wenn in ihrem globalen Geschäft Menschen oder die Natur Schaden nehmen."

Überlebende und Angehörige der Opfer fordern Gerechtigkeit: Beim Brand der Textilfabrik Ali Enterprises kamen 258 Menschen ums Leben. Ein Lieferkettengesetz könnte deutsche Unternehmen zur Verantwortung ziehen.

© NTUF AEFAA ECCHR

©Sam Tarling | Oxfam

Textilfabrik in der Provinz Dong Nai, Vietnam.

ARBEITSRECHTE FÜR NÄHER*INNEN

Oxfam fordert nicht nur ein Lieferkettengesetz, sondern unterstützt Arbeiter*innen im Textilsektor auch direkt. Zum Beispiel in Vietnam, dem nach China, Indien und Bangladesch viertgrößten Exporteur von Textilien: Die Arbeiter*innen in den Fabriken arbeiten sechs Tage die Woche und verdienen oft unter einem Dollar pro Stunde. Zusammen mit lokalen Organisationen unterstützt Oxfam die Arbeiter*innen mit rechtlicher Beratung, Informationen zu ihren Arbeitsrechten und dem Zugang zu Gesundheitsleistungen.

JETZT FÜR OXFAMS ARBEIT SPENDEN:
www.oxfam.de/spenden

Um das zu ändern, hat sich Anfang September ein breites Bündnis aus Menschenrechts-, Entwicklungs- und Umweltorganisationen, Gewerkschaften und Kirche zusammengetan. Die 17 zivilgesellschaftlichen Organisationen der „Initiative Lieferkettengesetz", zu denen auch Oxfam gehört, fordern von der Bundesregierung ein Gesetz, das verhindert, dass in Zuliefererbetrieben von deutschen Unternehmen Arbeiter*innen ausgebeutet und Umweltstandards verletzt werden.

Mit einem solchen Gesetz hätten im Fall des Fabrikbrandes in Pakistan die Angehörigen der Todesopfer vor deutschen Gerichten und nach deutschem Recht eine Entschädigung einklagen können, weil KiK seinen menschenrechtlichen Pflichten nicht nachgekommen ist. Auch wenn das Leid dadurch nicht gemindert worden wäre, zumindest stünden die Familien nicht mittellos da. „Auf lange Sicht könnte das Gesetz Katastrophen wie die von Ali Enterprises verhindern, weil die Unternehmen Menschenrechtsstandards in ihren Lieferketten achten und dafür ihre Geschäftspraktiken ändern müssen", erklärt Franziska Humbert.

REGIERUNG MUSS HANDELN

Die Forderung nach einem solchen Gesetz ist keine Utopie. Die Vereinten Nationen haben bereits 2011 festgelegt, dass Unternehmen nicht nur für ihre eigenen Aktivitäten verantwortlich sind, sondern auch dafür, dass ihre Geschäftspartner die Menschenrechte einhalten. In Frankreich etwa sind Unternehmen seit dem vergangenen Jahr gesetzlich haftbar für Menschenrechtsverstöße im Ausland, dort hätte die Klage der Betroffenen des Fabrikbrandes in Karatschi eher Erfolg gehabt. „Mit einem Lieferkettengesetz würden auch endlich nicht mehr wir als Verbraucherinnen und Verbraucher im Dunkeln tappen, unter welchen Bedingungen Produkte hergestellt wurden", sagt Franziska Humbert. „Die meisten Menschen wollen nicht, dass für ihren Konsum Menschen ausgebeutet oder die Natur zerstört wird. Deshalb muss die Bundesregierung endlich mit einem Gesetz dafür sorgen, dass nicht andere die Rechnung für unseren Einkauf zahlen."

JETZT UNTERSCHREIBEN:
www.oxfam.de/petition-lieferkettengesetz

Saeeda Khatoon verlor beim Brand der Textilfabrik Ali Enterprises ihren einzigen Sohn. In Deutschland zog sie gegen die Textilfirma KiK vor Gericht – erfolglos. Mit einem Lieferkettengesetz wäre das anders.

© Holger Priedemuth | medico international

Statt zur Schule zu gehen, verkaufte Aminatou Ogoumigniwa Nagellack. Dank Oxfams Partnerorganisation ASSOVIE in Benin konnte die heute 21-Jährige den Grundschulabschluss nachholen und Friseurin werden. Ein frei zugängliches Bildungssystem eröffnete Millionen anderen Mädchen ebenfalls eine Perspektive.

© Stefanie Beck | Oxfam

WIE MÄDCHEN DIE WELT VERÄNDERN KÖNNTEN

„Bildung für alle" lautet ein nachhaltiges Entwicklungsziel der Vereinten Nationen. Besonders Mädchen im globalen Süden hätten mit freiem Zugang zu hochwertiger Bildung die Chance, dem eigenen Leben – und der Welt – eine neue Richtung zu geben.

Julia Jahnz

Wenn das Geld nicht reicht, sind es meist Mädchen, die nicht zur Schule gehen können, die im Haushalt helfen und arbeiten müssen. Mädchen, deren Perspektive mit einer Chance auf Bildung ganz anders aussähe, Mädchen, die später als Ärztinnen, Anwältinnen oder Forscherinnen die Zukunft mitgestalten könnten. „Jedes Jahr Schule kann das spätere Einkommen eines Mädchens aus einer armen Familie um bis zu 20 Prozent erhöhen", erklärt Oxfam Deutschlands Expertin

für Bildung Sandra Dworack. „Gebildete Mädchen werden später und weniger häufig schwanger und wissen mehr über Gesundheit, was die Mütter- und Kindersterblichkeit senkt. Sie wissen auch über die eigenen Rechte Bescheid und haben bessere Möglichkeiten, politisch etwas zu verändern."

Auch Aminatou Ogoumigniwa aus Benin hatte Träume. Doch statt weiter zur Schule zu gehen, musste sie auf einem Markt der Großstadt Porto-Novo Nagellack verkaufen. Zu ihrem Glück bietet Oxfams Partnerorganisation ASSOVIE kostenlosen Unterricht für die Kinder an, die hier arbeiten. „Das Klassenzimmer in der Mitte der Marktstände hat mich magisch angezogen", erinnert sich die junge Frau. Sie fasste sich ein Herz, sprach die Lehrerin an und begann, den Unterricht zu besuchen. Nach drei Jahren konnte sie ihren Grundschulabschluss nachholen. Als Jahrgangsbeste wäre sie danach gern auf eine Sekundarschule gewechselt. „Aber dafür bin ich einfach schon zu alt. Man muss realistisch sein", meint sie. Unterstützt durch ASSOVIE machte die heute 21-Jährige eine Ausbildung zur Friseurin.

Oxfams Partnerorganisation unterstützt besonders benachteiligte Kinder aus armen Familien, die in der Hoffnung auf bessere Bildungs- und Berufschancen zu Verwandten oder fremden Gastfamilien in die Stadt geschickt werden. Doch statt dort zur Schule zu gehen, müssen viele von ihnen arbeiten. Wo immer möglich, versucht ASSOVIE, diesen Kindern den Besuch einer regulären Schule zu ermöglichen.

Hindernisse auf dem Weg zur Schule gilt es für viele Kinder in Benin zu überwinden, erklärt der Geschäftsführer von ASSOVIE, Christophe Mèkoun: „Auf dem Land fehlt vor allem Infrastruktur, sodass Kinder die nächste Schule nicht erreichen; in der Stadt sind es vor allem die Kosten und mangelnden Kapazitäten der Schulen."

ES BRAUCHT KOSTENLOSE STAATLICHE BILDUNG

Nach Berechnungen der UNESCO werden 2030 – in dem Jahr, in dem das Entwicklungsziel „Bildung für alle" erreicht sein sollte – immer noch weltweit 255 Millionen Kinder nicht zur Schule gehen. Christophe Mèkoun und Sandra Dworack sind sich einig: Um das Ziel zu erreichen, braucht es kostenlose staatliche Bildungssysteme. „Das heißt, dass der Staat keine Schulgebühren und andere Kosten von benachteiligten Haushalten erhebt, dass er alle Lehrkräfte gewissenhaft auswählt, sorgfältig ausbildet und angemessen bezahlt und dass er genügend Schulen, gute Ausstattung und Lehrkräfte fördert", erläutert der Geschäftsführer der Organistaion ASSOVIE.

Die nötigen Mittel hierzu würde unter anderem ein faires globales Steuersystem liefern, ergänzt Sandra Dworack. „Viele Staaten sind zudem auf die Unterstützung reicher Länder angewiesen, um in die nötige Infrastruktur und die Entwicklung gendersensibler Lehrpläne zu investieren: in Maßnahmen, die Mädchen stärken, aus unterdrückerischen Strukturen auszubrechen und ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen."

HOPE: BILDUNG ÄNDERT IHR LEBEN

Was wäre, wenn alle Mädchen zur Schule gehen könnten? Wie Bildung Lebensläufe verändert, erzählt das imaginäre Beispiel des Mädchens Hope. Mit ihrer Familie lebt sie in einer strukturschwachen Region irgendwo im globalen Süden. Wie würde ihr Leben verlaufen, wenn es in ihrem Land Bildung für alle gäbe?

2019: Hope wird eingeschult. Die staatliche Grundschule in ihrer Nähe ist kostenlos – Schulgebühren könnte die Familie sich nicht leisten.

2024: Hope schließt die Grundschule ab. Nun radelt sie zur weiterführenden Schule im nächstgrößeren Ort, die ebenfalls keine Gebühren nimmt.

2025: Hope bekommt ihre Periode. Weil es an ihrer Schule nach Geschlechtern getrennte Toiletten mit Waschbecken und Seife gibt, kommt sie weiter jeden Tag zum Unterricht.

2028: Hopes Oma war mit 15 bereits verheiratet und mit ihrem ersten Kind schwanger. Hope weiß, dass sie selbst über ihren Körper bestimmt. Sie ist über Verhütungsmethoden und Frauenrechte informiert.

2030: Hope macht ihren Schulabschluss mit Bestnoten und bekommt ein staatliches Stipendium.

2032: Auf dem Campus sind Frauen noch unterrepräsentiert. Hope setzt sich für Mitbestimmungsrechte ein und erreicht, dass eine Frauenbeauftragte eingestellt wird.

2034: Nach Abschluss ihres Studiums geht Hope in die Politik. Ihr Ziel: Die erste Frau an der Spitze ihres Landes zu werden.

BILDUNGS- UND BERUFSCHANCEN FÜR MÄDCHEN IN BENIN UNTERSTÜTZEN!

- Von **€ 30** können z.B. Scheren, Bürsten und Kämme für die Ausbildung zur Friseurin angeschafft werden.
- **€ 100** kostet ein mobiles Waschbecken, mit dem eine Friseurin in die Selbstständigkeit starten kann.
- **€ 160** finanzieren ein Jahr lang das Unterrichtsmaterial für 30 Mädchen in einer Marktschule von ASSOVIE.

JETZT SPENDEN:
www.oxfam.de/spenden

Dürre in Somalia …

© Pablo Tosco | Oxfam

„DIE GANZE WELT STEHT IN DER VERANTWORTUNG"

Wie erleben Menschen die Klimakrise? Wie sollten wir darauf reagieren? Und in welcher Verantwortung stehen reiche Industrienationen wie Deutschland? Expert*innen und Aktivist*innen aus vier Ländern antworten.

Aufgezeichnet von Raimon Klein und Franziska Rötzsch

LUIS ARTUR,

Entwicklungssoziologe an der Universität von Maputo, Mosambik, engagiert sich für Oxfams Arbeit vor Ort.

Es geht doch nicht nur um Deutschland – die ganze Welt steht in der Verantwortung. Es stimmt zwar, dass Deutschland seinen Teil zum Klimaschutz beitragen muss. Aber Klimaschutz muss auf die globale Agenda! Andernfalls werden alle die Verlierer sein. Mosambik etwa leidet immer häufiger unter extremen Wetterereignissen wie den Zyklonen Idai und Kenneth. Ein Teil meines Lehrstoffs handelt von der Minimierung von Katastrophenrisiken sowie der Minderung der Folgen der Klimakrise. Das sind die besten Möglichkeiten, sich langfristig an den Klimawandel anzupassen. Denn die Folgen für unsere Bevölkerung und unsere Wirtschaft sind vielfältig: Migrationsdruck, Verlust von Vermögenswerten, Beschädigung der Infrastruktur, zunehmende soziale Konflikte und Todesfälle.

OLENKA MAGALANES,

Studentin und Umweltaktivistin bei Fridays for Future in Lima, Peru

Wir alle tragen Verantwortung für den Klimawandel – die Menschen in Peru ebenso wie die in Europa und Nordamerika. Ich wünschte, wir würden das Konzept der „Madre naturaleza", der Mutter Natur, wieder mehr verinnerlichen: Die Mutter Erde gibt uns, was wir zum Leben brauchen, und wir schützen sie. Die eigene Mutter darf man nicht ausbeuten und ihr alle Energien rauben.

Klimakrise, Umweltschutz und Nachhaltigkeit sind in Peru nicht im Bewusstsein der Menschen. Dabei haben wir in diesem Jahr den Klimawandel deutlich gespürt. In Lima war es im Sommer sehr heiß und im Winter viel kälter als sonst.

Wir wollen, dass die Politiker*innen verstehen, dass Umwelt- und Klimaschutz wichtig sind. Daher organisieren wir Proteste und gehen an die Schulen, um Jugendliche zu informieren. Und wir stehen in Verbindung mit Fridays-for-Future-Aktivist*innen aus anderen Ländern Südamerikas. Es motiviert uns sehr, dass überall auf der Welt Jugendliche für die gleichen Ziele kämpfen. Zusammen können wir die Welt verändern!

ABDIRIZAQ BASHIR LIBAH,

Geschäftsführer bei Candlelight, einer Partnerorganisation von Oxfam Somalia

Mehr Engagement gegen die Klimakrise hieße für Somalia unter anderem, Ressourcen und Know-how zu stärken, um die Auswirkungen der immer wiederkehrenden Dürren zu minimieren. Persönlich hat mich der Klimawandel mein ganzes Leben lang begleitet. Meine Eltern, die als nomadisch lebende Viehzüchter*innen Kamele, Rinder, Ziegen und Schafe hielten, verloren aufgrund einer Dürre 1974 beinahe ihr gesamtes Vieh. Ihre Situation war so düster, dass sie mich wegschickten und ich bei meinem Onkel in Mogadischu leben musste. Am schlimmsten war die lang anhaltende Dürre 2017 bis 2018. Alle Tiere meiner Eltern starben. Schließlich mussten sie als Binnenvertriebene in einem Dorf ansiedeln und konnten nur mit der Unterstützung der Gemeinschaft und von Hilfsorganisationen überleben.

An der heutigen Situation erkenne ich vieles wieder: Erneut beeinträchtigt eine Dürre das soziale, wirtschaftliche und politische Leben in Somalia. Kinder werden von ihren Familien getrennt, Lebensgrundlagen zerstört. Die Klimakrise ist menschengemacht, insbesondere von den Industrienationen. Wir fordern diese Länder daher auf, ihre CO_2-Emissionen zu reduzieren und Somalia im Kampf gegen die Folgen der Klimakrise zu unterstützen.

JAN KOWALZIG,

Experte für Klimawandel und Klimapolitik bei Oxfam Deutschland

Wenn Deutschland den Klimaschutz ernst nähme, dann müssten wir so schnell wie möglich raus aus der Nutzung aller fossilen Brennstoffe, vor allem der Kohle. Je später wir aussteigen, desto schwieriger wird es, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen.

Insgesamt müsste Europa als reiche Weltregion mit hoher Verantwortung für den Klimawandel seine CO_2-Emissionen deutlich vor 2050 auf null herunterfahren. Zudem müssten wir möglichst schnell komplett auf erneuerbare Energien umsteigen, nicht nur beim Strom, sondern auch beim Heizen, in der Landwirtschaft und in der Industrie.

Darüber hinaus bräuchte es neben dem Umstieg auf Elektroautos eine Verkehrswende, die den individualisierten Verkehr auf ein gesundes Maß zurückfährt. All das hätte direkte Auswirkungen auf das Leben der Menschen im globalen Süden. Jede Tonne CO_2, die Deutschland nicht ausstößt, verringert Schäden und Zerstörungen in ihrer Heimat. Den Ländern müsste Deutschland mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, etwa als Ausgleich für die entstehenden Schäden in Folge der Klimakrise.

RETTEN SIE LEBEN!

Überschwemmungen auf der einen, extreme Trockenheit auf der anderen Seite: Die Folgen der Klimakrise rauben weltweit Menschen die Lebensgrundlage. Oxfam leistet vor Ort lebensrettende Nothilfe – nach den verheerenden Zyklonen in Mosambik ebenso wie aktuell in Somalia. Weil aufgrund der langen Dürre in Ostafrika die Ernten ausblieben, haben mehr als 7,6 Millionen Menschen nicht genug zu essen. Sauberes Wasser wird immer knapper, Krankheiten breiten sich aus. Oxfam versorgt Menschen unter anderem mit Trinkwasser.

JETZT OXFAM UNTERSTÜTZEN:
www.oxfam.de/spenden/somalia

... Flut in Mosambik. „Klimaschutz muss auf die globale Agenda", fordern Expert*innen und Aktivist*innen.

© Tommy Trenchard / Oxfam

KURZ NOTIERT

UNTERSCHRIFTEN GEGEN PESTIZIDE

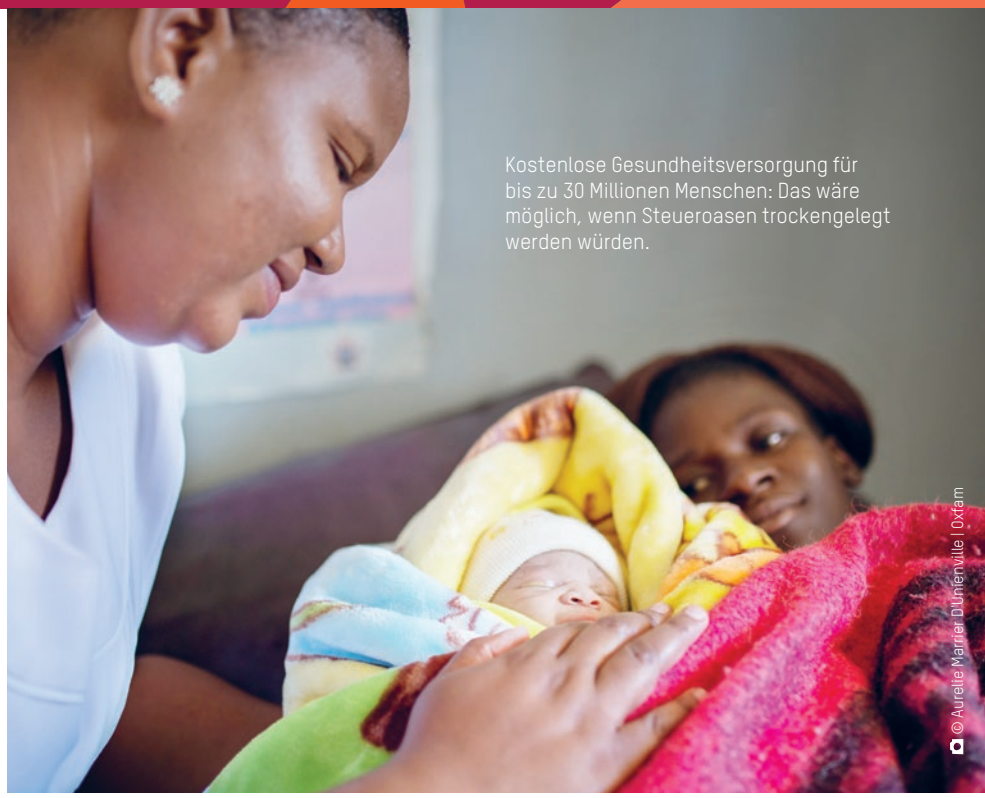
Wenn Farmarbeiterinnen in Südafrika Trauben ernten, sind sie gefährlichen Pestiziden schutzlos ausgesetzt, bekommen Atembeschwerden und Hautkrankheiten. Im Einsatz sind dabei 67 Pestizide, die so giftig sind, dass sie in Europa verboten wurden. Im Sommer machten ehrenamtlich Engagierte in den Oxfam Shops und Aktivist*innen auf Konzerten von Jan Delay dagegen mobil und sammelten knapp 30.000 Unterschriften für ein Verbot der Pestizide. Ende August wurden diese bei einem Protestmarsch von rund 300 Farmarbeiterinnen und Aktivist*innen an das Landwirtschafts- und Arbeitsministerium in Kapstadt übergeben. Mit dabei: Ein Team von Oxfam sowie Gabriele Sarteh, eine der Ehrenamtlichen, die die Unterschriften gesammelt hatten. Sie kommt in der Rubrik „Eine Frage, drei Menschen" (Seite 15) zu Wort. Updates aus Südafrika und mehr Infos zu Oxfams Kampagnenaktivitäten unter **www.oxfam.de/pestizidestoppen**

KONZERTE FÜR DEN KLIMASCHUTZ

Zwischen November und Februar gibt Komponist und Pianist Roland Vossebrecker erneut eine Benefizkonzertreihe, deren Erlöse an Oxfam gehen. In diesem Jahr steht für den Musiker die Klimakrise an erster Stelle, die Erlöse kommen Oxfams Kampagnen- und Projektarbeit zum Klimaschutz zugute. Neben Kompositionen von Bach und Beethoven stehen auch eigene Stücke auf dem Programm. Konzerte sind zum Beispiel in Aachen, Berlin und Kassel geplant, alle Termine gibt es unter **www.roland-vossebrecker.de**

TESTAMENT FÜR DEN GUTEN ZWECK

Viele Menschen engagieren sich bei Oxfam, um der Welt etwas zurückzugeben. Und das geht auch über den Tod hinaus. Alle Münchener*innen, die mehr zum Thema erfahren möchten, haben am 15. Oktober um 18.30 Uhr die Gelegenheit: Julia Roglmeier, Fachanwältin für Erbrecht, hat zahlreiche Fachbücher und Ratgeber verfasst und legt einen besonderen Schwerpunkt auf die Frage: „Welche Möglichkeiten habe ich, eine gemeinnützige Organisation zu bedenken?" Die Veranstaltung findet im Haus des Stiftens in der Landshuter Allee 11, 80637 München statt. Anmeldungen für die Veranstaltung und mehr Informationen per E-Mail an Susanna Tornyay: **stornyay@oxfam.de**



Kostenlose Gesundheitsversorgung für bis zu 30 Millionen Menschen: Das wäre möglich, wenn Steueroasen trockengelegt werden würden.

© Aurelie Marrier D'Unienville | Oxfam

WAS WÄRE, WENN...

... ALLE STEUEROASEN WELTWEIT TROCKENGELEGT WÜRDEN?

Geschätzte 7,6 Billionen US-Dollar Privatvermögen liegen weltweit in Steueroasen. Würde das Geld in den Herkunftsländern versteuert, brächte dies bis zu 200 Milliarden US-Dollar Steuereinnahmen pro Jahr. Genug Geld, um damit die kostenfreie Gesundheitsversorgung für bis zu 30 Millionen Menschen zu bezahlen.

... SUPERREICHE HÖHERE STEUERN AUF IHR VERMÖGEN ZAHLTEN?

Würde weltweit das reichste Prozent der Bevölkerung nur 0,5 Prozent Steuern auf sein Vermögen zahlen und das Geld richtig investiert, könnte man damit unter anderem den 262 Millionen Kinder weltweit, die bisher nicht zur Schule gehen, den Unterrichtsbesuch ermöglichen.

... DIE STEUERVERMEIDUNG VON KONZERNEN VERHINDERT WÜRDE?

Würden Regierungen es den vor allem aus Industrie- und Schwellenländern stammenden Konzernen erschweren, ihre Gewinne kleinzurechnen oder in Steueroasen zu verschieben, müssten die Unternehmen dort, wo sie ihre Gewinne erzielen, einen fairen Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Allein den Ländern des globalen Südens stünden so zusätzlich 100 bis 200 Milliarden Steuereinnahmen pro Jahr für die Armutsbekämpfung zur Verfügung. Zum Vergleich: 153 Milliarden US-Dollar gaben die OECD-Länder 2018 für Entwicklungszusammenarbeit aus.

LEIDER LEGAL

Oxfams Steuerexperte Tobias Hauschild über Steuervermeidung und die Frage, wie man Konzerne dazu bringt, ihren fairen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten.

© Oxfam

Oxfam Deutschlands Steuerexperte Tobias Hauschild

Interview Nikolai Link

Was ist der Unterschied zwischen Steuervermeidung und Steuerhinterziehung?
Bei Steuerhinterziehung belügt man das Finanzamt, indem man Einnahmen und Gewinne verschweigt. Bei Steuervermeidung geht es meist darum, Gewinne kleinzurechnen und zu verschieben. Nehmen wir an, Sie haben einen Konzern, der in Deutschland Gewinne macht. Fair wäre, wenn dieser angemessen Steuern zahlte. Stattdessen können Sie aber auch eine Tochterfirma in einer Steueroase gründen, die der Konzernniederlassung in Deutschland Rechnungen schreibt – für Nutzung von Patenten, Lizenzgebühren oder indem Sie Investitionen als zinspflichtigen Kredit deklarieren. Das mindert Ihren Gewinn und Sie zahlen weniger Steuern. Der große Gewinn fällt dafür bei der Tochterfirma in der Steueroase an und wird dort kaum besteuert. So entgeht den Ländern viel Geld, das für Bildung, medizinische Versorgung und soziale Sicherung dringend benötigt würde.

Ist das legal?
Steuerhinterziehung ist verboten. Sich mit Ablegern in Steueroasen – Stichwort Briefkastenfirmen – um seinen fairen Beitrag zum Gemeinwohl zu drücken, ist aber bisher leider legal. Das ist der eigentliche Skandal. Es kann nicht angehen, dass ein Milliardär wie Warren Buffet laut eigener Aussage weniger Steuern zahlt als seine Sekretärin.

Wie hoch ist der Schaden?
Man kann davon ausgehen, dass armen Ländern allein durch legale Steuervermeidung von Konzernen zwischen 100 und 200 Milliarden US-Dollar im Jahr entgehen. Für die EU sind Zahlen zwischen 50 und 200 Milliarden Euro pro Jahr im Gespräch. Das Geld steht dann nicht für staatliche Investitionen zur Verfügung oder muss an anderer Stelle wieder reinkommen – beispielsweise durch höhere Abgaben oder höhere Konsumsteuern, die ärmere Bevölkerungsteile besonders treffen. So oder so: Die Zeche für die Steuervermeidung von Konzernen zahlen die Bürger*innen.

Was kann man dagegen tun?
Zuallererst müssten wir wissen, wer wo welche Steuern zahlt – oder sie eben vermeidet. Dafür ist notwendig, dass Konzerne öffentlich machen, welche Gewinne sie in jedem Land machen und wieviel Steuern sie darauf zahlen. Die EU-Kommission hat einen Vorschlag für eine solche öffentliche Berichterstattung von Konzernen gemacht. Doch die Bundesregierung blockiert diese seit Jahren. Für Banken gibt es eine solche Regelung übrigens seit 2015. Wir konnten mit den Zahlen, die die europäischen Banken berichten mussten, darauf aufmerksam machen, dass sie vor allem in Steueroasen hohe Gewinne ausweisen – zum Teil sogar, ohne überhaupt Mitarbeiter*innen vor Ort zu haben. Und die in den USA geltenden Transparenzvorschriften erlaubten uns und anderen Organisationen den Nachweis, dass US-Konzerne 2012 in der Steueroase Bermuda über 80 Milliarden US-Dollar Gewinn gemeldet haben – mehr als in Japan, China, Deutschland und Frankreich zusammen. Das ist natürlich völlig absurd und ein Hinweis darauf, dass hier Steuern im großen Stil vermieden werden.

Aber Transparenz ist nur der erste Schritt. Nötig ist zweitens eine weltweite Mindestbesteuerung, um den ruinösen internationalen Wettlauf um die geringsten Steuersätze zu beenden. Die G20-Staaten inklusive Deutschland wollen hier tatsächlich tätig werden. Bis Ende kommenden Jahres wollen die Länder konkrete Maßnahmen vorlegen.

Und drittens wird es nicht ohne Sanktionen gegen Steueroasen gehen. Steueroasen müssen nach klaren, für alle Staaten gleichen Kriterien mit Strafmaßnahmen wie z.B. Abgaben auf Geldflüsse belegt werden. Die EU ist hier allerdings bislang zu lasch. Kein Wunder: Einige EU-Länder sind selbst Steueroasen, zum Beispiel Irland oder die Niederlande. Diese Länder können viel politischen Einfluss geltend machen, um Maßnahmen zu verwässern. Das muss aufhören, indem Deutschland und andere auch innereuropäisch den Druck erhöhen.

© Tineke D'haese | Oxfam

Steuervermeidung ist leider legal: Armen Ländern entgehen dadurch bis zu 200 Milliarden Euro Steuereinnahmen.

JETZT MEHR ERFAHREN:
www.oxfam.de/steuervermeidung

Heide Schönwetter spendete ihr einstiges Lieblingskleid – ein Kleid mit Geschichte.

ZWEITES LEBEN FÜR DAS LIEBLINGSSTÜCK

Alle Sachen, die im Oxfam Shop gespendet werden, haben eine eigene Geschichte. Was wäre, wenn die Schuhe, Hosen oder Spiele sie erzählen könnten?

Anne Maria Prachtel

„Wenn das Kleid erzählen könnte, dann würde es erzählen, dass es mich in der kleinen Boutique in Bali aus dem Schaufenster heraus gesehen und hineingelockt hat", berichtet Heide Schönwetter lachend. „Dann ist es mit mir in ein weit entferntes, fremdes Land gereist, und ich habe es zu vielen hochsommerlichen Anlässen getragen."

Es hat einen lebendigen Druck, ist farbenfroh und ausgefallen: Das Designer-Kleid überzeugte Heide Schönwetter sofort, als sie es im Urlaub vor etwa sieben Jahren entdeckte. Sie hat es gleich gekauft und dann jahrelang getragen: bei Sommerfesten und Open-Air-Veranstaltungen, im Urlaub unter Oleander und Olivenbäumen auf einem malerischen Hang, auf Mallorca, in Frankreich und bei einer Cocktail-Party am Gardasee.

Dann kam es, wie es viele kennen. Das Kleid hing lange im Schrank und wurde nur noch selten getragen. Und mit den Jahren „saß es auch etwas knapp", schmunzelt Heide Schönwetter. Irgendwann beschloss sie, dass nun jemand anderes Freude an ihrem einstigen Lieblingskleid haben sollte. Sie spendete es an den Oxfam Shop in der Maxvorstadt, in dem sie sich auch ehrenamtlich engagiert. Beim Schaufensterverkauf sollte das Kleid eine neue Besitzerin finden und mit dem Erlös gleichzeitig Gutes getan werden.

Der Schaufensterverkauf ist ein besonderer Termin im Shop: Einmal pro Woche werden die besonderen Stücke verkauft, die davor im Schaufenster präsentiert wurden. Meist wird es voll, weil viele Kund*innen sich ihr Traumstück sichern wollen, das sie schon länger im Blick hatten. Der gebührende Abschied für Heide Schönwetters Lieblingskleid.

Zwischen Sommerhüten und roten Schuhen war Heide Schönwetters Kleid der Hingucker im Schaufenster. Und wie einst in der Boutique in Bali zog es die Blicke auf sich: Stammkundin Christine Streich wollte es unbedingt haben. Zum Schaufensterverkauf brachte sie sogar drei Freundinnen mit, denn wenn es mehrere Interessent*innen gibt, wird gewürfelt, und so war die Chance, das Kleid zu bekommen, höher.

Als Christine Streich mehr über die Herkunft des Kleides und die vorherige Besitzerin erfuhr, wollte sie sich persönlich bedanken. Sie zog das Kleid an und besuchte Heide Schönwetter zu ihrer Schicht im Shop. „Wir haben uns beide so gefreut, wir haben uns sogar spontan umarmt", erinnert sich Heide Schönwetter. „Sie hat sich in das Kleid verliebt. Ich ja damals auch … Das Kleid ist bei ihr gut aufgehoben und wird noch viel erleben", freut sich Heide Schönwetter. Das zweite Leben – und noch längst nicht aus der Mode.

JETZT LIEBLINGSSTÜCKE SPENDEN:
www.oxfam-shops.de/sachen-spenden

© Wilm Brucker | Oxfam

SOMYA DIMRI

MENSCHENRECHTSAKTIVISTIN IN INDIEN

Ich wünschte mir für Indien Verhältnisse, in denen die demokratischen Werte der Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit für alle gewahrt werden. Werte, nach denen alle Inder*innen gleich behandelt werden und gleiche Grundrechte genießen – unabhängig von ihrer Religion, Kaste, Klasse oder Geschlechtsidentität.

Zweitens wünschte ich mir, dass in Indien eine Kultur des vielfältigen und konstruktiven politischen Dialogs geschaffen wird, in der auch Minderheiten Raum haben, ihre Meinungen und Forderungen zu äußern.

Drittens wünschte ich mir ein sicheres, respektvolles und förderliches Umfeld für die indische Zivilgesellschaft, in dem sich Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen sicher und geschützt fühlen.

EINE FRAGE, DREI MENSCHEN

WAS WÄRE, WENN ICH DREI WÜNSCHE FREI HÄTTE?

KEVIN HAUPT

OXFAM ON THE ROAD-DIALOGER, SAMMELT IN DEUTSCHLANDS INNENSTÄDTEN SPENDEN FÜR OXFAM

Zunächst würde ich mir eine Anpassung des Steuersystems wünschen: eine CO_2-Steuer, eine Roboter-Steuer, bei der Konzerne, die Arbeitsplätze durch Roboter ersetzen, dies durch Steuern kompensieren, oder die Steuerbefreiung für Kinderartikel, um Familien zu entlasten.

Als Zweites wünschte ich mir mehr öffentliche Gelder zur Förderung erneuerbarer Energien, damit wir unser Ziel erreichen, in Deutschland bis 2050 Klimaneutralität zu schaffen. Dabei sollten unbedingt rechtliche Verbindlichkeiten geschaffen und Sanktionen bei Nichteinhaltung der national festgelegten Ziele verhängt werden.

Drittens wünschte ich mir, dass politische Themen nicht mehr isoliert betrachtet werden, sondern dass wir ihrer Komplexität gerecht werden und Lösungen finden, die weniger profit- und interessenorientiert sind.

GABRIELE SARTEH

EHRENAMTLICHE IM OXFAM SHOP BONN, BESUCHTE GERADE OXFAMS PARTNER WOMEN ON FARMS PROJECT IN SÜDAFRIKA

Als Erstes wünschte ich mir, dass Pestizide weltweit verboten werden. Menschen sollten sich von unbelasteten Lebensmitteln ernähren können und die Farmarbeiterinnen dürfen nicht länger den Gesundheitsgefahren durch Pestizide ausgesetzt sein.

Es wäre außerdem mein Wunsch, dass Frauen auf allen Kontinenten selbstbestimmt leben können und sowohl respektvoll als auch fair behandelt werden.

Zu guter Letzt würde ich mir wünschen, weiterhin gesund zu bleiben, damit ich so großartige Projekte wie das von Women on Farms Project in Südafrika auch in Zukunft weiter tatkräftig unterstützen kann.

© Yannik Rapp, © Oxfam, © Somya Dimri

ALS UNTERNEHMEN MÄHWERT SCHENKEN?!?

Tun Sie Gutes mit Firmengeschenken von OxfamUnverpackt!

Die beste Alternative zu Wein und Präsentkorb!

Jetzt bestellen auf:

OXFAMUNVERPACKT.DE/FIRMEN

WAS IST OXFAM?

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 19 Oxfam-Organisationen gemeinsam mit 3.600 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern.

Weltweit findet Oxfam praxisnahe, innovative Wege, auf denen Familien sich aus der Armut befreien und eine bessere Zukunft für sich schaffen können. Bei Krisen und Katastrophen retten wir Leben und helfen, Existenzen wieder aufzubauen. Und wir setzen uns dafür ein, dass Menschen in Armut lokale und globale Entscheidungen beeinflussen können, die ihr Leben betreffen.

Dabei arbeitet Oxfam stets mit Partnerorganisationen zusammen: Seite an Seite mit Frauen und Männern in Not beenden wir die Ungerechtigkeiten, die zu Armut führen.

Zur Finanzierung dieser Arbeit tragen rund 3.400 ehrenamtliche Mitarbeiter*innen in derzeit 54 Oxfam Shops bei. Diese werden von der Oxfam Deutschland Shops gGmbH betrieben, einem hundertprozentigen Tochterunternehmen des Oxfam Deutschland e.V.

Haben Sie Fragen oder Anregungen zu einem unserer Artikel? Schreiben Sie uns an **EINS@oxfam.de.** Wenn Sie **EINS** in Zukunft nicht mehr erhalten möchten, schicken Sie uns bitte eine kurze Nachricht.

OXFAM
Deutschland

IMPRESSUM
Herausgeber: Oxfam Deutschland e. V.
Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel: (030) 45 30 69 - 0

V.i.S.d.P.: Marion Lieser
Chefredakteur: Steffen Küßner
Redaktion: Franziska Rötzsch, Annika Zieske
Bildredaktion: Katja Herold
Gestaltung: martinbrombacher.de
Druck: Oktoberdruck, Berlin
Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.

www.oxfam.de/eins
www.twitter.com/oxfam_de
www.facebook.com/oxfam.de

Spendenkonto
IBAN: DE87370205000008090500
BIC: BFSWDE33XXX
Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 80 90 500
BLZ: 370 205 00

DZI Spenden-Siegel Geprüft + Empfohlen

Deutscher Spendenrat e.V.